



SVS-Herbstkongress 1. September 2011 Schloss Lenzburg

Finanzen – ein wichtiges Thema im Alter

Margareta Annen-Ruf, SVS-Vorstand

Den «Finanzen im Alter» war der diesjährige, anfangs September 2011, vom Schweizerischen Verband für Seniorenfragen (SVS) auf Schloss Lenzburg durchgeführte Herbstkongressm, gewidmet. Der bis auf den letzten Platz besetzte Saal zeigte die Bedeutung dieser Thematik für die Senioren.

Die Vorsteherin des Eidgenössischen Finanzdepartements, Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf sagte einleitend, dass ein finanziell gesichertes Alter wichtig sei. Zwar gebe es im Alter Armut, im Allgemeinen gehe es der heutigen älteren Generation finanziell jedoch gut, meinte sie weiter. Die Finanzministerin wies sodann auf unsere Sozialwerke, vor allem die AHV hin, die aufgrund des demographischen Wandels – Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge ins Rentenalter – vor grossen Herausforderungen stehen würden. Zwar stehe die AVH bzw. der AHV-Fonds heute finanziell gut da. Wenn jedoch keine Massnahmen ergriffen würden zu seiner Sicherung drohe einerseits ein Generationenkonflikt und andererseits der Altersvorsorge ein finanzieller Gau. Es gelte deshalb Leistungen zu hinterfragen und

Prioritäten zu setzen. An möglichen Massnahmen nannte sie unter anderem etwa tiefere Ausgaben, höhere Einnahmen oder ein Mix von beidem, eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, auch eine ökologische Steuerreform. Der Bundesrat werde sich der Herausforderung mit allen involvierten Kreisen stellen, versicherte die Bundesrätin.

Länger arbeiten ist möglich

Langlebigkeit an sich sei kein Risiko, sondern das ungleiche Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und Nicht-Erwerbstätigen, erklärte der Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV), Yves Rossier. Wie weiter zu erfahren war, betragen die Ausgaben für die AHV 2010 27%, für die Berufliche Vorsorge (BVG) 32%, für die Invalidenversicherung 7% und für die Ergänzungsleistungen 3%.

Laut Rossier hängt die Finanzierung der AHV von der Lebenserwartung, der Bevölkerungsentwicklung, dem Gang der Wirtschaft und der Zuwanderung ab. Besonders die Einwanderung hochqualifizierter Leute aus dem EU-Raum, sei für die Sozialversicherungen ein Gewinn, stellte er fest. Positiv wirke sich zudem die vermehrte Berufstätigkeit der Frauen aus.

Von den Rentenreformen im OECD Raum erwähnte er unter anderem etwa eine Flexibilisierung des Rentenalters, die Koppelung der Leistungshöhe an die demographische und wirtschaftliche Entwicklung sowie die Einführung eines sozialen Ausgleichs, der benachteiligende Faktoren berücksichtigt. Dazu gehören etwa die Berücksichtigung der Familienaufgaben, beschwerliche Arbeiten sowie die Berücksichtigung der Dauer des Erwerbslebens. Das heutige Pensionierungsalter bezeichnete der Referent als nur noch für eine Minderheit relevant. Wir würden nicht nur nicht länger leben, sondern wir hätten auch ein besseres Leben, länger zu arbeiten sei also durchaus möglich.

Zur aktuellen ungünstigen finanziellen Lage und seinen Auswirkungen auf die Sozialversicherungen, meinte Rossier, dass der AHV-Fonds dies

Fortsetzung Seite 2



Yves Rossier, Direktor Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV): «Das heutige Pensionierungsalter ist nur noch für eine Minderheit relevant.»

INHALTSVERZEICHNIS

FINANZEN – EIN WICHTIGES THEMA IM ALTER	1/2
NACHTRAG – WAS TUN DIE PARTEIEN FÜR DIE SENIOREN?	2
EDITORIAL	2
NACHGEFRAGT	3
EIGENMIETWERT BAUSPAREN	4
TERMINE	4
IMPRESSUM	4

EDITORIAL



SVS-Präsident
Hans Werner
Widrig

Wohnen im Alter

Die an der Präsidentenkonferenz vom 7.11.2011 vorgetragene Fakten und Zahlen des Vorstehers der kantonalen Steuerverwaltung Baselland Peter B. Nefzger sind klar: 61% der Bausparer befinden sich in der Einkommensklasse zwischen 40000 und 80000 Franken pro Jahr. Die Mär vom reichen Wohnheimbesitzer ist also falsch.

Zweite Tatsache: Wir können die Wohneigentumsquote heben, wenn wir nur wollen. Im Kanton BL stieg der Anteil der Einfamilienhäuser an den fertig erstellten Wohneinheiten von 38% in den 80er Jahren auf 50% bis 2004. Das ist Erfüllung des Verfassungsauftrages Wohnbauförderung.

Dritte Tatsache: Das Gejammer einiger Mitglieder der Regierung der Kantone und des Bundes über mögliche Steuerausfälle ist kurz-sichtiges Fiskaldenken. Steuererleichterungen haben Wachstum zur Folge und das generiert wiederum mehr Steuereinnahmen. Im Kanton BL betragen die jährlichen Steuerausfälle durch das Bausparen 4.5 Mio Fr., wogegen aus der resultierenden höheren Wertschöpfung Steuermehreinnahmen aus 6.2 Mio Fr. resultieren.

Das Bausparen hilft jungen Familien aus dem Mittelstand bei der Realisierung der eigenen vier Wände. Bausparen fördert die Baunachfrage und schafft Arbeitsplätze. Daran sind auch wir Senioren interessiert.

Fortsetzung Seite 1

verkräften könne, Probleme gebe es jedoch für die Pensionskassen.

Von Heiratsstrafen bis Ergänzungsleistungen

In den Podiumsdiskussionen kamen verschiedene Anliegen und Probleme zur Sprache. So unter anderem etwa:

Meinte SVP-Ständerat Maximilian Reimann, dass die 12. AHV-Revision einige Verbesserungen brauche und dann über die Bühne gehen werde. Plädierte Nationalrätin Pascale Bruderer, angesichts der erneut positiven Zahlen in der AHV, für ein rasches Angehen der 12. AHV-Revision. Sie kritisierte zudem das mit Vorurteilen behaftete Wort «Überalterung.»

Besteht bezüglich der Mietzuschüsse bei den Ergänzungsleistungen für SVP Nationalrat Thomas Müller Handlungsbedarf.

Stellt sich für Bundesrätin Eveline Widmer indes die Frage nach der Finanzierung.

Auch zur Forderung nach Abschaffung des Eigenmietwerts für Ältere – M. Reimann – fragte sie was u.a. etwa mit den Abzügen für den Unterhalt, die Denkmalpflege ge-

schehen soll. Hingegen muss ihrer Ansicht nach die Abschaffung der Heiratsstrafe (Individualrente anstelle der Ehepaarrente) diskutiert werden, denn Muttersein sei ein hochqualifizierter Beruf.

Den Wechsel zur Individualbesteuerung bezeichnete Yves Rossier indes als falsch.

Ferner wies:

Judith Giovanelli-Blocher auf den grossen Unterschied zwischen dem autonomen und dem fragilen Alter hin und die Situation des unteren Mittelstandes. Nicht alle Älteren hätten ein gutes Einkommen und Vermögen. Sie kritisierte zudem, dass für die Berechnung der AHV nur das Einkommen des Mannes zähle und setzte sich für eine Entschädigung von Leuten die Freiwilligenarbeit leisteten, ein.

Reto Deflorin von der Credit Suisse erklärte, dass sie keine Produkte, sondern Beratungen und das Erstellen von Gesamtkonzepten anbieten würden und für Dr. Anders Malmström von der AXA braucht es für eine Säule 3c einen politischen Rahmen und viele Leute die eine solche abschliessen.

Nachtrag

Was tun die Parteien für die Senioren?

Als Folge eines «Informationspanne» ist die Antwort der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SP) auf unsere Umfrage «Was tun die Parteien für die Senioren?» für eine Veröffentlichung in der September Ausgabe des SVS-Bulletins 3/2011, bedauerlicherweise zu spät eingetroffen. Wir holen deshalb die Stellungnahme der SP hier nach.

Zu den Positionen der Partei gehören unter anderem:

Die Förderung der Lebensqualität der Senioren und Seniorinnen, die Stärkung der AHV, damit das in der Verfassung verankerte Ziel der «Deckung des Existenzbedarfs» und der «Fortsetzung der gewohnten

Lebenshaltung in angemessener Weise» auch für tiefere und mittlere Einkommen durchgesetzt werden kann.

Eine Flexibilisierung des Rentenalters, das vom beruflichen Werdegang der Arbeitnehmenden, besonders von der Beschwerlichkeit der Arbeit abhängig sein muss. Die Pensionierung soll nach 42 AHV-Beitragsjahren, frühestens ab 62, spätestens ab 65 erfolgen.

Zudem unterstützt bzw. fordert die SP Projekte für neue Wohnformen, die Entwicklung einer nationalen Strategie, um dem Mangel an Pflegepersonal zu begegnen sowie eine vollständige Integration der älteren Menschen in die Gesellschaft.

Einsatz für ein gutes Alter

Für Hans Rudolf Enggist sind eine gute Gesundheit, eine dem Alter entsprechende Wohnsituation, die Förderung der Beweglichkeit und die Verhinderung der Einsamkeit, die vier wichtigsten Voraussetzungen um ein «gutes Alter» zu haben.

M.A.: Du bist auf verschiedenen Ebenen der Seniorenpolitik aktiv. Im Schweizerischen Seniorenrat (SSR), in der Arbeitsgruppe «Mobilität und Wohnen im Alter», im Schweizerischen Verband für Seniorenfragen (SVS), Präsident der Arbeitsgruppe «Mobilität und Wohnen» sowie Mitglied der Fachkommission für Altersfragen in Baar und während 11 Jahren warst Du Präsident des Kantonalen Seniorenverbandes Zug. Was für Synergien haben sich aus diesen Tätigkeiten auf den verschiedenen Ebenen ergeben?

H.R.: Es braucht den SVS und den SSR um auf eidgenössischer Ebene aus der Sicht der Senioren und Seniorinnen Stellungnahmen bzw. Vernehmlassungen zu erarbeiten etwa zum Thema «Gesundheit» – u.a. Kostenentwicklung, Auswirkungen der Fallkostenpauschale, Integrierte Versorgung – aber auch zu Initiativen die das Wohnen betreffen wie etwa die Abschaffung des Eigenmietwerts und das Bausparen, zu Fragen der Sozialen Sicherheit, zur Stellung des Alters in der Gesellschaft um nur einiges zu nennen. Auf kantonaler und lokaler Ebene braucht es die Mitsprache und Mitbestimmung der Mitgliedorganisationen bei der Gestaltung der Altersleitbilder die ein breites Themenspektrum umfassen.

M..A.: Du befasst Dich intensiv mit dem Wohnen im Alter. Wo siehst Du in diesem Bereich den grössten Handlungsbedarf?

H.R.: Abgesehen davon, dass das Wohnen ein Menschenrecht ist, wol-

len die meisten Älteren bis ans Lebensende in den eigenen vier Wänden bleiben. Um das zu ermöglichen braucht es verschiedene Massnahmen wie etwa Bauvorschriften für alters- und behindertengerechtes Wohnen, betreutes Wohnen mit Unterstützung von Spitex, Nachbarschaftshilfe etwa zur Begleitung zum Arzt oder Einkauf, die Förderung neuer Wohnformen. Die Wohnungen/Alterseinrichtungen sollten auch gut erschlossen sein durch den öffentlichen Verkehr. Ein grosses Problem ist zudem, dass ältere Leute von grösseren, preislich günstigen Wohnungen oft in teure Kleinwohnungen wechseln müssen, denn nicht alle Älteren sind reich.

M.A.: Was für andere Themen sind Dir sonst noch wichtig?

H.R.: Der Öffentliche Verkehr sollte etwas senioren- und behindertengerechter gestaltet sein. Ich denke da etwa an Fussgängergerechte Blinklichtanlagen und Strassenübergänge. Zudem sollte der Öffentliche Raum, vor allem in den Quartieren, gut beleuchtet sein (keine dunklen Ecken). Damit die Älteren länger gesund bleiben, aber auch damit sie nicht vereinsamen, sind Angebote wichtig, die die Beweglichkeit fördern und solche die sie zur Teilnahme an Veranstaltungen motivieren. Den Seniorenorganisationen kommt hier eine grosse Bedeutung zu.

M.A.: Welche Erwartungen hast Du an die Politik, besonders an das neu gewählte Parlament, und an all die Gremien die sich mit Altersfragen befassen?



PERSÖNLICH

Hans Rudolf Enggist ist 1934 in Burgdorf geboren und aufgewachsen. Er arbeitete nach einigen Jahren bei Nestlé Vevey, 20 Jahre bei Landis & Gyr Zug. Zu seinem Tätigkeitsbereich gehörte die Einführung der Statistischen Qualitätskontrolle, die Gründung neuer Firmen in verschiedenen Ländern, zudem war er Abteilungsleiter. Ferner war er 10 Jahre Personalverantwortlicher für die Werkstätten, 20 Jahre Präsident und Geschäftsführer der Kaderorganisation Schweiz, im Vorstand der Angestelltenvereinigung (VSA) und in diversen ausserparlamentarischen Kommissionen. Hans Rudolf Enggist ist verwitwet, hat zwei erwachsene Töchter und 5 Enkelkinder. Neben seinen Engagements reist er gerne.

H.R.: Die Aussagen gewisser Politiker, Wissenschaftler und «Neider» (Medien) stimmt nicht, dass alle «Alten» reich sind. Der Anteil von Reich und Arm ist, mit je etwa ein Sechstel, bei Jung und Alt gleich hoch. Die heutigen «Alten» haben zudem weitgehend den Wohlstand der heutigen Jungen erarbeitet. Schliesslich sollten die Politiker, Wissenschaftler, Ökonomen daran denken, dass sie mit grösster Wahrscheinlichkeit auch alt werden und dann von den heute erbrachten Leistungen profitieren wollen.

Wohnbauförderung und Eigenmietwert – Uneiniges Parlament

Margareta Annen-Ruf, SVS-Vorstand

An der Präsidentenkonferenz des Schweizerischen Verbandes für Seniorenfragen (SVS) vom 7. November 2011 in Zürich, beleuchteten 5 Referenten aus unterschiedlichen Blickwinkeln die pendenten Volkssinitiativen «Bausparen» und «Sicheres Wohnen im Alter».



Bausparen hilft jungen Familien zum Eigenheim

Nach einem kurzen Überblick zum Thema «Wohnen im Alter» durch Hans Rudolf Enggist (siehe Interview), informierte der Aargauer Ständerat Dr. Maximilian Reimann, über die Beschlüsse der drei Volkssinitiativen im Parlament über die im Parlament Uneinigkeit herrscht – eher dafür Nationalrat, dagegen Ständerat. Uneinigkeit herrscht auch bezüglich der Gegenvorschläge. Sollte es zu keiner Einigung kommen, werde das Volk ohne Empfehlung über die Initiativen abstimmen können, sagte Reimann. Der Referent empfahl die HEV-Initiativen «Eigene vier Wände dank Bausparen» sowie «Sicheres Wohnen im Alter» zu unterstützen – Beibehaltung des

bisherigen Systems oder Aufhebung Eigenmietwertbesteuerung unter Verzicht auf den Schuldzinsabzug. Reimann würde es jedoch begrüßen wenn sich die eidgenössischen Räte zu einem Gegenvorschlag entschliessen könnten, der allen nicht nur den Älteren den Systemwechsel ermöglichen würde.

Wohneigentum – ein Bedürfnis

Gemäss Ansgar Gmür, dem Direktor des Hauseigentümerversandes (HEV), entspricht der Wunsch nach Wohneigentum einem echten Bedürfnis. Die beiden HEV-Initiativen «Bausparen und Eigenmietwert» begründete er damit, dass bezüglich dem seit 1972 in der Bundesverfassung festgehaltenen Auftrag das Wohneigentum zu fördern bis heute wenig geschehen sei. Die Initiative «Sicheres Wohnen im Alter» die sich an Wohneigentümer richte, lindere u.a. die Problematik der Wohneigentumsbesteuerung, schaffe Anreize zu Schuldentilgung und benachteiligte Eigentümer von Mietliegenschaften nicht. Das Bausparen als Ergänzung zur Altersvorsorge, das sich an Mieter und junge Leute mit mittlerem Einkommen richte, animiere zum Sparen und wirke sich positiv auf die Stabilität der Volkswirtschaft aus und mit dem angepassten Kapital könne auch beste-

hendes Wohneigentum erworben werden. Zu den Abstimmungsterminen meinte er, dass die Initiative «Bausparen» voraussichtlich am 12. März oder am 17. Juni 2012 dem Volk vorgelegt werde und die Initiative «Eigenmietwert» spätestens am 3. März 2013.

Bausparen volkswirtschaftlich wertvoll

Für Regula Mühlebach, Geschäftsleiterin des Schweizerischen Mieterinnen- und Mieterverbandes Deutschschweiz (SMV/D), wird in keiner der heute diskutierten Vorlagen der vollständige Systemwechsel vorgeschlagen. Nur ein vollständiger Systemwechsel mit dem Verzicht auf Eigenmietwertbesteuerung und bei gleichzeitiger Abschaffung von Abzugsmöglichkeiten, stellt nach Ansicht des SMV/D die Steuergerechtigkeit zu den Mietern und Mieterinnen her. Der SMV/D lehnt auch die Förderung des Wohneigentums ab und fordert im Sinne der Steuergerechtigkeit, dass Mieter und Wohneigentümer bei gleicher familiärer Situation gleich viel Steuern bezahlen müssten.

Wie der Vorsteher der Steuerverwaltung Baselland, Peter B. Nefzger, ausführte, hilft das Bausparen vor allem jungen Mieterfamilien und ergänzt es die bestehende Wohneigentumsförderung sinnvoll. Zudem koste es auf die Dauer Kanton und Gemeinden kein Geld, im Gegenteil (siehe Editorial). Den Referaten schloss sich eine lebhafte Diskussion an.

IMPRESSUM

Redaktion:
Margareta Annen-Ruf
Tel. 033 251 36 13
margareta.annen-ruf@bluewin.ch
Layout und Produktion:
Lithouse, 3013 Bern

SVS Schweizerischer Verband für Seniorenfragen
Geschäftsstelle/Sekretariat
Mischelstrasse 17, Postfach 46
4153 Reinach BL 2

Tel. 061 713 04 22
Fax 061 713 04 21

info@seniorenfragen.ch
www.seniorenfragen.ch

TERMINE
→ SVS/SSR-Fraktion Di. 6. März 2012, Bern
→ SSR- Delegiertenversammlung Fr. 23. März 2011, 10.45 Uhr Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV)
→ SVS-Delegiertenversammlung Mi. 28. März 2011, Schützenhaus, Basel
→ SVS-Präsidentenkonferenz Mi. 2. Mai. 2012, Zürich